

Initiativen Fluglärm in Mainz und Rheinhessen

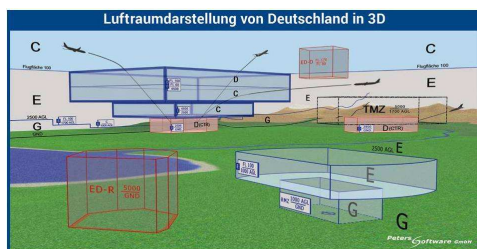
Besprechungsnotiz vom 8. August 2019

in der Ausweich-Ortsverwaltung Lerchenberg = alte städt. Kita, Hindemithstraße 1
Zugang von der Hebbelstraße 131-139 oder vom Wendehammer Fontanestraße
Wir bitten um die Teilnahme der Sprecher oder Vertreter der Vereine, Arbeits- und Fachgruppen.

1. Änderung der Tagesordnung: %
2. Einwände zur Besprechungsnotiz vom 11. Juli 2019: %
3. Organisation:

1. Berichte der Arbeitsgruppen / Vereine:

Olaf Hagedorn (Fluglärmbeauftragter der Verbandsgemeinde Nieder-Olm) erinnert an die von der DFS voraussichtlich geplante Absenkung der unteren Grenze des Luftraums „C“ um 305m im Bereich der südlichen **Gegenanflüge** über Rheinhessen! Dies erfolgt offensichtlich aus Kapazitätsgründen für die Steuerung der Anflüge auf den Frankfurter Flughafen!



Damit wird der Luftraum für die Sportfliegerei erheblich eingeschränkt. Die untere Luftraumgrenze im Bereich des Frankfurter

Flughafens liegt derzeit bei 1.067n (NN) (3.500Fuß) und dehnt sich bis hinter Bingen aus. Auf Grund der unsinnigen Wachstumsstrategie des Frankfurter Flughafens und der Art und Weise, wie die DFS diese Verkehrsmengen steuert, müssen wir davon ausgehen, dass die Gegen- und Voranflüge immer weiter nach Westen ausgedehnt werden.

Abhilfe kann nur die konsequente Einführung eines „kontinuierlichen Landeanfluges bringen“ wie er von der früheren Bundestagsabgeordneten und heutigen Ortsbürgermeisterin Frau Ute Granold seit dem Anfang der Diskussion um die Erweiterung des Frankfurter Flughafens gefordert hat. Unsere Landesregierung hatte uns zu dieser Zeit jede Art von Unterstützung verweigert. In Bezug auf dieses, in London seit Jahren mit Erfolg praktizierte Anflugverfahren, hat die Landrätin Frau Dorothea Schäfer als Mitglied der Fluglärmkommission (FLK) einen Antrag eingebracht.

Es ist zu erwarten, dass dieser Antrag von der Flugsicherung mit dem Argument abgelehnt wird, dass dieses Verfahren bei der zu steuernden Verkehrsmenge nicht anwendbar ist. Deswegen werden wir an unserer Forderung festhalten, die Flugbewegungen auf unter 380.000 Flugbewegungen pro Jahr zu begrenzen, was die Flugsicherung in die Lage versetzt leise An- und Abflugverfahren zu organisieren.

Durch die Belastung des Luftverkehrs mit allen Steuern und Gebühren, so wie bei allen anderen Verkehrsträgern auch, wird sich der heutige Flugbetrieb durch Reduzierung der Kurzstrecken-, der Kurzzeit- und der Kurzurlaubs-Flüge, auf ca. 65 bis 70% der heutigen Flugbewegungen in Frankfurt reduzieren und zwar ohne jede gesamtwirtschaftliche Einbuße, da das eingesparte Geld der nationalen Wirtschaft zur Verfügung steht.

2. Berichte der Fachgruppen: %
4. Aktionen:

1. Berichte über Aktionen und Veranstaltungen:

2. Viele Petitionen zum selben Thema – Mail von Martin Mosel (Hamburg):

Es ist nicht sinnvoll immer wieder neue Petitionen und Unterschriftenaktionen zum selben Thema zu starten, sondern sehr viel effektiver sich auf die wichtigste Aktionen zu konzentrieren. Das ist u.a. die **Europäische Bürgerinitiative**. Sie hat dieselbe Wirkung wie eine **öffentliche Petition an den Deutschen Bundestag**, nur halt auf der Ebene der EU. Genau wie bei einer öffentlichen Petition an den Bundestag muss von der Verwaltung die Berechtigung und Richtigkeit der Unterstützung festgestellt werden. Dazu ist in beiden Systemen die Überprüfung der Personaldaten notwendig. Für beide Petitionen bestehen gesetzliche Rahmenbedingungen, die zu erfüllen sind. **Beim Bundestag** müssen mindestens **50.000**

Unterschriften erreicht sein, um ggf. in den Bundestag eingeladen zu werden, um dem **Petitionsausschuss** die Wichtigkeit der geforderten Gesetzgebung zu erklären.

Bei der Europäischen Bürgerinitiative müssen mindestens **1.000.000 gültige Unterstützer** (Unterschriften) gefunden werden, damit der **EU-Rat** sich mit diesem Thema beschäftigen muss. Zusätzlich ist für jeden EU-Mitgliedsstaat ein s.g. Quorum festgelegt. Dieses Quorum (Anzahl der Unterstützer) muss von mindestens 7 Mitgliedsstaaten erreicht werden, damit die EU-Bürgerinitiativen erfolgreich ist.

Das ist ein starkes Werkzeug für die EU-Bürger, um Einfluss auf die Politik der Europäischen Union zu gewinnen. Konzentration ist daher notwendig.

Derzeit laufen drei EU-Bürgerinitiativen die sich zum Teil sachlich überlappen. So besteht die Gefahr, dass keine der Initiativen die notwendigen Quoren erreicht. Gerade deswegen sollten wir uns dafür einsetzen, dass alle drei Petitionen unterstützt werden. Neben der online Unterzeichnung können Unterschriften auch auf Papier gesammelt werden.

1. **Abschaffung der Steuerbefreiung für Flugzeugtreibstoff**

Sie hat die Registrierungsnummer: **ECI(2019)000009**

Hier kann die Europäische Bürgerinitiative (EBI) unterschrieben werden:

<https://eci.ec.europa.eu/008/public/#/initiative>

(Der englische Originaltext wird maschinell übersetzt, wenn eine andere Landessprache ausgewählt wird. Dabei kommt es zum Teil zu eigentümlichen Ergebnissen. So wird z.B. die englische Aufforderung „Sign the official petition here!“ in „Melden Sie die offizielle Petition hier!“ übersetzt. Die Maschine muss sichtlich noch eine ganze Menge lernen.) Das ist aber die Auswahl, wenn Sie die Petition unterstützen wollen.

Derzeit sind **erst 50.365 (17%)** der notwendigen 1.000.000 gültigen Unterschriften geleistet worden. Bezogen auf die Quoren der stärksten sieben EU-Mitgliedsstaaten, sieht es nicht viel anders aus:

Belgien: 33.82%, **Deutschland: 28.89%**, Schweden: 21.27%, Finnland: 16.56%, Österreich: 16.52%, Niederlande: 12.95%, Frankreich: 10.91%

Die Frist für die Mitzeichnung der Unterstützer **läuft am 10. Mai 2020 aus.**

Bis dahin ist noch viel Werbung und Überzeugung notwendig, wenn wir es mit der Notwendigkeit der Kerosinbesteuerung ernst meinen.

2. Eine neue Europäische Bürgerinitiative unter der Überschrift: **„Ein Preis für CO2 zur Bekämpfung des Klimawandels“** mit der Registriernummer der Kommission: ECI(2019)000011 steht zur Unterstützung bereit.

Mit dieser Petition wird die Europäische Kommission aufgefordert, ein EU-Gesetz vorzulegen, mit dem fossile Brennstoffe zurückgedrängt und sowohl Energiesparmaßnahmen als auch erneuerbare Energiequellen gefördert werden, **damit die Erderwärmung gestoppt und der Temperaturanstieg auf 1,5° C zu begrenzt wird.**

Die Mitzeichnungsfrist läuft am 22. Juli 2020 aus.

Für diese Petition habe ich keinen Zugriff für die Unterstützung finden können. Die Organisatoren sind wohl noch nicht so weit.

3. Eine weitere Europäische Bürgerinitiative mit der Überschrift: **„Klimawandel schnell, fair und wirksam stoppen“** mit der Registriernummer der Kommission: **ECI(2019)000006** steht zur Unterstützung bereit.

Hier kann diese Europäische Bürgerinitiative unterstützt werden:

<https://eci.ec.europa.eu/007/public/#/initiative>

Gegenstand: Natur- und Wirtschaftswissenschaftler sind sich einig: Verschmutzer bezahlen lassen und Haushalte mit dem Gewinn unterstützen – diese Rechnung geht auf!

Wichtigste Ziele: Ein stetiger Anstieg der Preise für fossile Brennstoffe wird zur Reduzierung der Verschmutzung führen, da Unternehmen und Privathaushalte sauberere und billigere Alternativen wählen werden. Die Einnahmen werden den Bürgerinnen und Bürgern monatlich als Dividende ausgezahlt. Die meisten Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen werden dadurch besser gestellt. Durch Grenzausgleichsmaßnahmen schützen wir unsere Wirtschaft und fördern die

weltweite Übernahme des Systems. Weitere Vorteile: sauberere Luft, mehr Beschäftigung und geringere Staatsausgaben aufgrund der Angleichung der Politik.

Derzeit sind erst 10.102 (3%) der notwendigen 1.000.000 gültigen Unterschriften geleistet worden. Bezogen auf die Quoren der stärksten sieben EU-Mitgliedsstaaten, sieht es nicht viel besser aus:

Dänemark 21,29%, Schweden: 12,77%, Belgien: 5,31%, Finnland: 5,18%, Österreich: 2,73%, **Deutschland: 2,62%**, Niederlande: 1,74%

Die Frist für die Mitzeichnung der Unterstützer läuft am 6. Mai 2020 aus.

Auch für diese Petition ist bis dahin noch viel Werbung und Überzeugung notwendig, **wenn wir Klimawandel schnell, fair und wirksam stoppen wollen.**

4. Inzwischen gibt es eine Übersicht über die EU-Bürgerinitiativen. Allerdings sind da keine LINKs eingebaut um die Petition zu unterstützen, die man gerne unterstützen möchte.

Es könnte durchaus sein, dass da der Grund zu finden ist, weswegen viele Petitionen die definierten Ziele nicht erreichen.

Der Link zu der Übersicht ist:

<https://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/ongoing?lg=de>

Schade ist, dass die drei sich in der Zielsetzung weitgehend überlappenden Petitionen nicht zu einer Petition zusammengelegt werden und sich dem entsprechend die Unterstützung auf 3 leicht unterschiedliche Petitionen verteilen und dadurch die Gefahr entsteht, dass keine der EU-Petitionen die definierten Quoren erreichen kann.

Eine EU-Petition zur Steuerentlastung des öffentlichen Schienenverkehrs war nicht zu finden.

5. Politik:

1. Ultrafeinstaubbelastung – Ergebnisse der Düsseldorfer Studie:

Der Düsseldorfer Flughafen soll erweitert werden. Im Auftrag des Landesamtes für Umwelt-, Natur- u. Verbraucherschutz führte die Hochschule Düsseldorf (HSD) - Prof. Dr. Konradin Weber, Physik und Umweltmesstechnik - <https://hs-duesseldorf.de/> Messungen durch. Die Studie der HSD umfasst 50 Seiten! **Am Flughafen** wurden **hohe Konzentrationen** an Ultrafeinstaub – kleiner $100\text{nm}=0,0001\text{mm}$ – gemessen. Diese kleinen Teilchen können über die Blutbahn ins Gehirn gehen. Partikelanzahl beträgt je nach dem Ort der Messung bis 400.000 Partikel / cm^3 Luft. WDR-Berichte „[Düsseldorfer Flughafen: Anwohner atmen gefährlichen Feinstaub ein](#)“ und „[Probemessungen zu Ultrafeinstaub](#)“ Das Partikelmaximum wurde in ca. 5km Entfernung vom Flughafen gemessen. Die Wirbelschleppen der landenden Flugzeuge tragen die Abgaspartikel bis in die Wohngebiete. Die Messungen unserer BBI-Fachgruppe *Ultrafeinstaub* wurden damit voll bestätigt. Siehe auch Mainz Bericht von [Gisela Kirschstein vom 23. August 2019](#).

2. Wie geht es weiter mit der Klage gegen die Südumfliegung?

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat die Klage gegen die Südumfliegung abgeschmettert und die aktuellen Abflugrouten für rechtmäßig erklärt. Rechtsanwalt Bernhard Schmitz hat im Auftrag der Privatkläger und Kommunen dagegen **Revision** eingelegt. [Näheres siehe hier](#).

3. Wie verträgt sich die Rolle als Leiter der DFS mit der Rolle als Vorstand des BDL (Flug-Lobby)?

Prof. Klaus-Dieter Scheurle ist Vorsitzender der Geschäftsführung der deutschen Flugsicherung (DFS), die sich im 100% Besitz der Bundesrepublik Deutschland befindet. Der DFS ist ein erheblichen Teil hoheitlicher Aufgaben übertragen, z.B. der technische Teil der Luftverkehrssteuerung und der Luftverkehrsüberwachung. Sie erkennt Fehlverhalten von Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften, muss sie zur Anzeige bringen und zur Klärung beitragen. Die Aufgaben der DFS sind in den §§27c und 29b Luftverkehrsgesetz definiert. Sie beziehen sich sowohl auf die Steuerung des Luftverkehrs als auch auf den Schutz der Bevölkerung.

Trotzdem hat Prof. Klaus-Dieter Scheurle seit dem 1. Juni 2018 die Leitung des Bundesverbands der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL) übernommen. Das Ergebnis dieser Ämterverkettung hat Tradition und ist an der völligen Vernachlässigung der Belastung der Bevölkerung durch Lärm und Feinstaub zu erkennen. Der ehemalige hessische Ministerpräsident und spätere Vorstand der Firma, die den Auftrag zum Ausbau bekommen hat, wollte im Schulterschluss mit Dr. Bender (Fraport) und dem Lufthansa Vorstand den Ausbau des Frankfurter Flughafens vorantreiben. Aus einer Umwelt-Analyse mit dem Ergebnis „**nicht Raumverträglich**“ wurde nach Einsicht der Landesregierung ein „bedingt Raumverträglich“. Vom „bedingt“ war anschließend keine Rede mehr und die DFS hat sich dem

Flughafen und dem damaligen Ministerpräsidenten gegenüber **verpflichtet** die prognostizierten 701.000 Flugbewegungen/a steuern zu können, ohne zu wissen wie und ohne jede Rücksicht auf die Bevölkerung.

Als leitender Angestellter eines Unternehmens der Bundesrepublik ist Herr Scheuerle, genau wie alle seine Vorgänger und die Bundesminister dem Deutschen Volk und nicht einem Unternehmen oder einem Wirtschaftsverband verpflichtet.

Wir fordern, dass sich Prof. Scherle aus dem Lobby-Verband BDL zurück zieht und sich darauf konzentriert die Fehler seiner Vorgänger in Ordnung zu bringen. Dazu gehört die klare Aussage, dass die DFS am Flughafen Frankfurt die prognostizierte Anzahl von Flugbewegungen nicht steuern kann, ohne den Menschen der Region erhebliche Leiden zuzufügen.

Immer wieder kommen die Erklärungen, dass Lärm-arme An- und Abflüge, wie CDA und Steilstart, bei der Verkehrsmenge nicht steuerbar sind. Es liegt an der DFS zu sagen wie viele Flugbewegungen mit Lärm-armen An- und Abflugverfahren sicher gesteuert werden können. Der Flughafenkoordinator hat sich auf diese Menge einzustellen und nur diese Menge zu koordinieren. **380.000 Flugbewegungen** sind völlig ausreichend um die öffentlich/rechtliche Aufgabe des Flughafens zu erfüllen. Gewinn oder Verlust des Flughafens oder der Fluggesellschaften kann nicht der Grund sein, die Gesundheit von Menschen zu gefährden.

4. **Synthese Kerosin – Problemlöser oder Schimäre (Trugbilder, Fata Morgana) ?**

Hartmut Rencker hat sich mit diesem Thema intensiv beschäftigt, bereits ausgiebig Stellung bezogen und als Schimäre enttarnt. Er erläuterte kurz die Ungereimtheiten. Siehe seine [Ausführungen auf seiner Web-Seite](#). <http://www.rencker.de/tipps.htm> und seinem Vortrag bei der [Montagsdemonstration am 20.5.2019](#).

5. **CO 2-Steuer, -Zertifikate, oder -Kompensation gegen die galoppierende Klimaerwärmung?**

Es wurde darüber gesprochen und diskutiert. Aufgrund des umfangreichen Themen konnte nur kurz darauf eingegangen werden.

Über die Einführung einer **CO₂ – Steuer** gibt es ein *Für + Wider*. Fraglich ist, ob der Staat diese Steuer auch von der Luftfahrtindustrie erhebt? Aufgrund der Luftfahrtlobby und der großen staatlichen Nähe zur Luftfahrt ist dies zu bezweifeln. Siehe auch den Bericht der Welt unter dem Titel „[Was Reisen mit der CO₂-Steuer kosten würde](#)“. Im Klimakabinett wird tausende einzelne Maßnahmen geredet, um zu keiner Entscheidung kommen zu können, weil jede einzelne Idee erst untersucht und bewertet werden muss und so das zentrale Thema, die Bepreisung der CO₂-Freisetzung, im Dschungel der Individual-Entscheidungen verschwindet. Ein klarer Ansatz wäre die Besteuerung von fossilen Energieträgern, da wo sie in das Wirtschaftssystem einfließen. Dann sind alle CO₂-Emittenten in gleicher Art betroffen und bemüht sich von der Kohlenstoffverbrennung zu lösen. Durch gemeinsame Überwachung der Auswirkung in Bezug auf die Klimaziele und die Wirtschaft durch das Umwelt- und Wirtschaftsministerium und der Anpassung der CO₂-Steuer können die Klimaziele erreicht werden. Aus dieser Steuer gewinnt der Staat die Mittel für vertragliche, soziale oder unterstützende Maßnahmen, mit dem Ziel, das Geld sofort wieder einzusetzen. Diese staatliche Freiheit lässt sich mit CO₂-Zertifikaten nicht erreichen.

Der Handel mit **CO 2 Zertifikaten** ist ein großes Geschäftsmodell. Sie werden in großem Stil gehandelt was für den Laien schwer zu durchschauen ist. Das Geld landet in den Taschen von Spekulanten. Die Preise für die benötigten Zertifikate steigen und die höheren Kosten werden an die Endverbraucher durchgereicht. Es bleiben dem Staat aber keine Mittel für den notwendigen sozialen Ausgleich. Siehe hierzu auch den Artikel im Handelsblatt „[Das Milliardengeschäft mit dem Abgashandel](#)“.

Bei der **Kompensation** geht es um das **CORSIA** – einem System der ICAO, mit dem Flugreisende ihre CO₂-Freisetzung durch die Finanzierung von Projekten zur CO₂-Reduzierung ausgleichen sollen. Auch dies ist ein Geschäftsmodell bei dem nicht zu kontrollieren ist, wie viel des Geldes dazu verwendet wird. Zudem soll CORISA erst im Jahr 2020 verpflichtend eingeführt werden. Erst nach 2020 sollen die CO₂-Zuwächse freiwillig kompensiert werden. Siehe Bespr.-Notiz 11.4.2019 Pkt. 5.1. und [BBI-Politikbrief](#) zur Europawahl 2019. Nach der Kompensation hofft die Luftverkehrswirtschaft auf CO₂-frei produzierten Treibstoff und will kontinuierlich weiter wachsen.

6. **Veranstaltungen:**

1. **2.9.2019 bis 4.9.2019 Informationsstand anlässlich ROBINWOOD Floßtour auf Main + Rhein:**

Die Fahrt mit einem Floß führt von Frankfurt nach Köln in 9 Etappen vom 30.8. bis zum 15.9.2019. Das Floß wird in mehreren Städten über Nacht anlegen. So auch **in Mainz von Mo 2.9. - Mi 4.9. an der**

„**Malakoff-Terrasse**“ und auf die weltweiten **Klima – Probleme** besonders aus dem Flugverkehr aufmerksam machen. Robin Wood hatte sich mit ihren speziellen Aktionen auf den Unsinn des Flughafenausbaus aufmerksam gemacht und mit uns gegen die Vernichtung der Bannwälder (z.B. den Kelsterbacher Wald für die NW-Landebahn) zur Wehr gesetzt. Wir haben das Floß gebührend empfangen und durch unsere Anwesenheit das Interesse der Passanten gestärkt.

<https://www.robinwood.de/flo%C3%9Ftour-2019>

2. 14.09.2019 am Samstag, **IAA Demo und Fahrrad-Sternfahrt** Frankfurt am Main:
Mit Zentralkundgebung vor den Toren der Automobilausstellung. Themen-Schwerpunkt SUV's (Stadtpanzer). Alle, die nicht an der Sternfahrt teilnehmen treffen sich um 11:30 Uhr an der Hauptwache und sollten mit unseren gelben Fahnen und T-Shirts eine Gruppe bilden.
Veranstalter sind: VCD, BUND, Campakt, Greenpeace, NaturFreunde, VCD u.a. Das BBI möchten als Gruppe mit unseren gelben Fahnen dabei sein. Siehe auch [Sternfahrt](#), [VCD](#), [BUND](#) und [Greenpeace](#).
3. 20.09.2019 **Fridays For Future** - Am 20.9. findet der **dritte globale Klimastreik** statt:
Weltweit werden Menschen auf die Straße gehen und für die Einhaltung des **Paris-Abkommen** und gegen die anhaltende Klimazerstörung laut werden. Auch in Mainz. Die Jugendlichen organisieren: Alle Eltern und Großeltern, denen die Gesundheit ihrer Kinder und Enkel wichtig ist, sind eingeladen.
<https://fridaysforfuture.de/allefuersklima/> Weitere Infos später > Presse!
4. 12.10.2019 dezentraler Aktionstag in ganz Deutschland:
Thema: Kampagne „Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen!“ die in Handelsverträgen vereinbart werden und das nationale Recht aushebeln.
5. 11. November 2019 - **300. Montagsdemo**:
Diese Jubiläums - Demo findet wie alle Montagsdemos bei Fraport, Abflughalle B um 18:00 Uhr statt.
Lt. Hannelore Feicht laufen die Vorbereitungen weiter.

7. Sonstiges:

1.

Dietrich Elsner, Koordinator
Karl-Heinz Hook BI MZ-Lerchenberg